

Heimsheims Politik streitet in Karlsruhe

NILS GUNDEL

PZ-REDAKTEUR



Wie sehr darf der Gemeinderat ins Tagesgeschäft des Verwaltungschefs – in diesem speziellen Fall des Heimsheimer Bürgermeisters Jürgen Troll – eingreifen? Mit dieser Frage wird sich wohl im Sommer die 9. Kammer des Verwaltungsgerichts Karlsruhe auseinandersetzen. Denn Troll hatte vor rund einem Jahr seinen Gemeinderat verklagt, nachdem dieser ihm nur noch eigenständige Personaleinstellungen bis zum Hausmeister oder Bauhofmitarbeiter, also Gehaltsklasse TVöD 4, erlaubte. Davor galt das bis TVöD 8 – so schlägt es auch der Gemeindetag Baden-Württemberg vor. Troll will sich diesen Eingriff in die Verwaltungsarbeit nicht bieten lassen, schaltete erst die Rechtsaufsicht ein – und verklagte dann den Gemeinderat. Der wiederum nahm sich einen Anwalt.

Es ist der sichtbarste Aspekt eines schon lange tobenden Streits zwischen Rathauschef und den Fraktionen von FWV, CDU, UWV und SPD, die zehn der 15 Sitze im Rat auf sich vereinigen. Es geht um Ausschüsse, es geht um gegenseitige Vorwürfe von Machtgehabe, es geht um das Gefühl, ausgebremst zu werden. Und das, obwohl die Beteiligten immer wieder kundtun, dass sie an einer konstruktiven Zusammenarbeit zum Wohle der Schleglerstadt interessiert sind. Dennoch kracht es in quasi jeder Gemeinderatssitzung (die PZ berichtete). Im Sommer streitet man sich wohl vor Gericht.

Was für manch' einen wie eine kommunalpolitische Posse aus der württembergischen Provinz klingt, könnte landesweite Folgen haben. Denn im Kern der Klage geht es um eine Grundsatzfrage: Wo endet die Macht des Gemeinderats – und wie sehr darf dieser jene des Verwaltungschefs beschneiden? Was zählt als „Geschäft der laufenden Verwaltung“ und in welchem Maß darf der Gemeinderat eingreifen?

Ähnliche Klauseln zu Personalentscheidungen gibt es im Übrigen auch in anderen Enzkreis-Kommunen. Öffentlich darüber gestritten wird dort nicht, aber vielleicht geht es da politisch auch insgesamt harmonischer zu. Dass ein Karlsruher Urteil die Wogen in der Schleglerstadt glättet, darf man derweil getrost bezweifeln.



Im Sommer soll der Heimsheimer Fall in Karlsruhe verhandelt werden.

SYMBOLBILD: ULI DECK/PICTURE ALLIANCE/DPA